

DOI: 10.5771/0342-300X-2023-4-243

Der Arbeitsmarkt der Lausitz vor dem Kohleausstieg

Das Ende der Kohleverstromung ist für spätestens 2038 beschlossen. Während für das Rheinische Revier ein Vorziehen des Ausstiegs auf 2030 vereinbart wurde, bleibt das Ausstiegsdatum für die Lausitz umkämpft. Wir fragen, welche Bedeutung die Beschäftigung im Braunkohlekomplex für die Lausitz noch hat. Dabei stoßen wir auf eine Diskrepanz zwischen der verbliebenen Relevanz der Braunkohle für den Arbeitsmarkt und ihrem Stellenwert für das Selbstverständnis der Region. Nach nur 30 Jahren zum zweiten Mal zum Epizentrum einer Transformation zu werden, stellt hohe Anforderungen an die Veränderungsbereitschaft der Akteure. Strategien der Erneuerung müssen sowohl den Krisenerfahrungen der Vergangenheit als auch der demografischen Situation Rechnung tragen.

HEIKE JACOBSEN, MATTHIAS KNUTH, VIRGINIA KIMEY PFLÜCKE

1 Einleitung

Ausstieg aus der Kohlewirtschaft, demografischer Wandel und Folgewirkungen der deutschen Vereinigung – diese großen zeitgeschichtlichen Themen prägen den Blick auf die Lausitz. Der Arbeitsmarkt als Arena der Verteilung von Chancen und Risiken steht sowohl in den politischen Kontroversen als auch in den persönlichen Erfahrungen und Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Man kann kaum überschätzen, wie massiv verunsichernd sich der Zusammenbruch des sozialistischen Erwerbssystems auf die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands ausgewirkt hat und welche Folgen diese kollektive Erfahrung bis heute hat (vgl. Haag 2022; Hilmar 2019, 2021). In der Lausitz sind diese Erfahrungen untrennbar verbunden mit dem Einbruch der Braunkohlewirtschaft unmittelbar nach der Vereinigung, durch den rund 90 Prozent der Arbeitsplätze in dieser Branche verloren gingen. Mit den aktuellen Beschlüssen zum Ende der Braunkohleverstromung spätestens im Jahr 2038 werden die verbliebenen Arbeitsplätze zur Disposition gestellt (BMW 2019). Welche Erwerbchancen wird es in den ostdeutschen Braunkohleregionen geben, wenn in Tagebaulanlagen und Kraftwerken „die Lichter ausgehen“?

Diese Frage ist auf die Zukunft gerichtet, die möglichen Antworten kommen jedoch ohne die Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung des Arbeitsmarktes seit

der Wende nicht aus. Wir zeichnen diese Entwicklung in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz, der Region mit dem territorial ausgedehntesten Braunkohlevorkommen in Europa, nach. Der Beitrag beruht auf detaillierten Analysen von Arbeitsmarktdaten, die in dieser Tiefe bisher nicht vorlagen (Abschnitt 2). Er beschreibt zunächst die heutige anscheinend weitgehend unspektakuläre Situation auf dem Arbeitsmarkt der Region (3). Diese verdeckt jedoch die restriktive Dynamik, die seit der Vereinigung das Erwerbssystem erfasst hat (4). In der Lausitz bildete der Strukturbruch in der Braunkohlewirtschaft in den 1990er Jahren den Kristallisationspunkt der Umbruchserfahrungen, die im kollektiven Gedächtnis der Region bis in die Gegenwart fortwirken (5). Zu den grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen der postsozialistischen Transformation gehörten auch Neuorientierungen in den Geschlechterverhältnissen am Arbeitsmarkt. Deren Bedeutung für die Haltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den neuerlichen Herausforderungen des Kohleausstiegs wurde bisher nicht systematisch untersucht. Wir geben hierzu erste Hinweise. Darüber hinaus deutet sich in diesen Befunden an, dass qualitativ gute Dienstleistungsarbeitsplätze mindestens ebenso bedeutsam sind für die künftigen Erwerbchancen wie die vielfach geforderten Industriearbeitsplätze (6). Diese und weitere Überlagerungen der postsozialistischen und der postfossilen Transformation werden abschließend in einem kurzen Blick auf die bisherigen Strukturfördermaßnahmen aufgegriffen (7).

2 Zur Abgrenzung von Gebiet und Branche

Das Lausitzer Braunkohlerevier wird im Folgenden für unseren Zweck der Analyse der Arbeitsmarktentwicklung im Zusammenhang mit der Entwicklung der Braunkohlewirtschaft dadurch eingegrenzt, dass in der jeweiligen Gebietseinheit 2019 noch mehr als 0,5% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einwohner*innen im „Braunkohlekomplex“ tätig waren. Dieser setzt sich nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (wz 2008)¹ aus dem „Braunkohlenbergbau“ (052) sowie – nur in den Regionen mit Braunkohlenbergbau von uns diesem zugeordnet – den „Dienstleistungen für Bergbau u.f. Gewinnung v. Steinen und Erden“ (099) und der „Elektrizitätserzeugung“ (3511) zusammen. Damit besteht „das Lausitzer Revier“ für unsere statistischen Betrachtungen aus Cottbus (Stadt) und den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße (zusammen „brandenburgische Lausitz“) sowie den Landkreisen Bautzen und Görlitz (zusammen „sächsische Lausitz“).

Datenquellen sind Sonderauswertungen der Beschäftigten- und Arbeitslosenstatistiken der Bundesagentur für Arbeit sowie Abrufe aus der Regionaldatenbank des Bundes und der Länder zur Bevölkerung, zu Bevölkerungswanderungen und zur Erwerbstätigkeit. Soweit wir uns auf diese Quellen beziehen, verzichten wir auf Einzelnachweise. Für historische Vergleiche beziehen wir uns auf den Bezirk Cottbus (DDR) sowie auf die Arbeitsamtsbezirke Cottbus und Bautzen.

Neben Vergleichen mit Bundeswerten ziehen wir punktuell auch das Rheinische Revier² heran, um Spezifika der Lausitz herauszuarbeiten, die nicht allein durch die dortige Bedeutung der Braunkohlewirtschaft zu erklären sind. Wir betrachten vorzugsweise längere Zeitreihen, wobei jedoch einschränkend hinzuzufügen ist, dass das für Ostdeutschland so entscheidende Jahrzehnt der 1990er Jahre nur unvollkommen abgebildet werden kann. Aktuelle Vergleiche beziehen sich, sofern nicht anders genannt, auf das Jahr 2019, d. h. auf den Stand vor Beginn der Corona-Pandemie.

3 Der Arbeitsmarkt in der Lausitz heute

Entgegen verbreiteten Annahmen zeigt ein erster Blick auf die Arbeitsmarktdaten, dass der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung keine quantitativ dramatischen Arbeitsplatzverluste mit sich bringen wird: Der Anteil des Braunkohlekomplexes an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (ohne Auszubildende) der Wohnbevölkerung der Lausitz am 30. 6. 2019 betrug 2,3% oder knapp 7400 Personen, wobei die deutlich höhere Betroffenheit des brandenburgischen Gebietsteils (3,7% gegenüber 1,4% in der sächsischen Lausitz) hervorzuheben ist.³

Vielfach wird befürchtet, dass mit dem Ausstieg aus der Kohlewirtschaft die Region „deindustrialisiert“ werde und der Braunkohlenbergbau damit gewissermaßen der letzte Rest des Produzierenden Gewerbes sei. Wiederum betrachtet nach der Zusammensetzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (ohne Auszubildende) liegt jedoch der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes in der Lausitz mit 18,5% gegenüber dem Bundeswert (21%) nicht sehr weit zurück und über dem Wert des Rheinischen Reviers (16,6%); das Baugewerbe ist in der Lausitz mit 8% deutlich stärker als bundesweit (5,5%). Mit Ausnahme der Stadt Cottbus verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe seit 2010 sogar leichte Anteilszuwächse. Das Verarbeitende Gewerbe der Lausitz ist hochgradig differenziert (Berger et al. 2019), d. h. es gibt keine starken Leitbranchen oder -cluster, aber folglich auch keine regionale „Klumpung“ von branchenspezifischen Risiken des Strukturwandels (Kluge et al. 2014, S. 62 f.).

Komplementär zu den Befürchtungen der „Deindustrialisierung“ wird häufig angenommen, dass der relativ wachsende Dienstleistungsanteil vorwiegend geringwertige Arbeitsplätze umfasse. Dies ist jedoch nicht der Fall: In der Lausitz tragen vor allem öffentliche oder überwiegend öffentlich finanzierte Dienstleistungen und damit in der Regel tarifvertraglich abgesicherte und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze das Dienstleistungswachstum. Privatwirtschaftliche Dienstleistungen, in denen häufig schlechtere Bedingungen vorherrschen, sind demgegenüber unterdurchschnittlich entwickelt, wie in anderen Regionen außerhalb von Ballungsräumen auch (Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ 2021a; eigene Berechnungen).

1 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/Gueter-Wirtschaftsklassifikationen/klassifikation-wz-2008.html>

2 Nach den gleichen Kriterien abgegrenzt, besteht das Rheinische Revier aus der Städtereion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg, dem Rhein-Kreis Neuss und dem Rhein-Erft-Kreis.

3 Über die zu erwartenden indirekten Wirkungen gibt es nur Schätzungen, aber keine konkreten Analysen zur regionalen Verflechtung der Wertschöpfungsketten. Danach standen den seinerzeit rund 8300 Braunkohle-Beschäftigten im Lausitzer Revier im Jahre 2016 rund 5000 indirekte und induzierte Beschäftigungsverhältnisse gegenüber (vgl. RWI 2018).

Mit dem Dienstleistungswachstum ist häufig die Erwartung verbunden, dass geringfügige Beschäftigungsverhältnisse stabile sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen. Der Anteil von Minijobs an der Beschäftigung ist in der Lausitz mit 9,1% jedoch geringer als im Bundesdurchschnitt mit 12,6% oder im Rheinischen Revier mit 15%. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sind in der Lausitz stabiler (im Sinne geringerer Fluktuation) als im Bundesgebiet insgesamt; in der Energie-, Ver- und Versorgungswirtschaft der Lausitz – Daten für den Braunkohlekomplex sind hierin enthalten – sind sie sogar erheblich stabiler als in den entsprechenden Branchen des Rheinischen Reviers.

Die massiven Arbeitslosigkeitserfahrungen der Nachwendejahre dürften sich im Zuge des Kohleausstiegs kaum wiederholen: Die absoluten Arbeitslosenzahlen haben sich seit 2010 in der Lausitz mehr als halbiert und damit viel stärker reduziert als im Bundesgebiet insgesamt, für Frauen stärker als für Männer, und in der sächsischen Lausitz stärker als in der brandenburgischen.

Umgerechnet in Vollzeitäquivalente entsprechen die Erwerbsmöglichkeiten je Einwohner*in im Alter von 18 bis 64 Jahren in beiden Teilen der Lausitz exakt dem Bundeswert von 0,75, während dieser Wert für das Rheinische Revier nur 0,63 beträgt (Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ 2021b; eigene Berechnungen). Die Lausitz weist also aktuell gegenüber dem Bundesgebiet keinen Rückstand in der „Versorgung“ der Wohnbevölkerung im erwerbsrelevanten Alter mit Erwerbsmöglichkeiten auf. Der Indikator bedeutet: Wenn es nur Vollzeitstellen gäbe, würde die Erwerbstätigenquote (bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter) 75% betragen. Nach Personen gerechnet ist die Erwerbstätigenquote in dem Maße höher, wie sich dieses Arbeitsvolumen durch Teilzeitarbeit auf mehr Personen verteilt. Sie beträgt in der brandenburgischen Lausitz 84% (Bundeswert 88% – Werte für die sächsische Lausitz nicht verfügbar).

4 Restriktive Dynamiken und postsozialistische Transformation

Ist also eigentlich alles in Ordnung auf dem Arbeitsmarkt in der Lausitz? Der Blick zurück auf die gut drei Jahrzehnte seit der Vereinigung zeigt, dass diese aus heutiger Sicht wenig problematisch erscheinende Situation durch eine restriktive Dynamik entstanden ist, die von erheblicher Tragweite ist – sowohl für die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, die diesen kollektiven Erfahrungshintergrund teilen, als auch für die künftigen Entwicklungsperspektiven der Region.

Während die Erwerbstätigkeit bundesweit seit etwa 2006 stetig zugenommen hat und bis 2019 gegenüber 2005 um 15% gewachsen ist, hat sie in der brandenburgischen Lausitz um 2% abgenommen. Um ein Vielfaches dramatischer noch war der Rückgang der Erwerbstätigen im davorliegenden Zeitraum von 1991 bis 2005 mit 36% in der brandenburgischen und 22% in der sächsischen Lausitz.

Dass trotz dieses dramatischen Verlustes an Erwerbsmöglichkeiten das quantitative Verhältnis zwischen Erwerbstätigkeit und Bevölkerung im Erwerbsalter aktuell ausgeglichen erscheint, ist auf den massiven Bevölkerungsschwund insbesondere in der erwerbsrelevanten Altersgruppe zurückzuführen: Ab Mitte der 1990er Jahre bis in die 2010er Jahre lagen die Fortzüge aus den Kreisen der Lausitz über den Zuzügen, und die Abwanderung erfolgte per Saldo altersselektiv, d. h. jüngere Menschen verließen die Lausitz zu höheren Anteilen als Ältere. Hinzu kam der allgemeine Geburtenrückgang in den damals neuen Bundesländern während der Umbruchjahre der Nachwendezeit. Die verstärkten Zuzüge von überwiegend jüngeren Menschen aus dem Ausland, die die demografische Alterung bundesweit ab etwa 2014 etwas bremsen, kamen in der Lausitz weitaus weniger zur Wirkung. Das liegt keineswegs daran, dass hierhin Zugezogene wegen mangelnder „Willkommenskultur“ gleich wieder fortziehen würden. Vielmehr wanderten von vornherein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt relativ weniger Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Flüchtlinge nach dem „Königsteiner Schlüssel“ zugewiesen werden, der das regionale Steueraufkommen doppelt so stark gewichtet wie die Bevölkerungszahl. Gegenüber zwar vergleichsweise niedrigen, aber positiven Wanderungssalden der Nichtdeutschen weist die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit im Lausitzer Revier auch im Zeitraum 2011–2022 noch leicht negative Wanderungssalden auf.

Im Ergebnis führten die anhaltende Abwanderung aus der Lausitz und die schwache Zuwanderung zu einer Alterung der Bevölkerung weit über den bundesdurchschnittlichen demografischen Wandel hinaus. Das leicht über dem Bundeswert liegende Durchschnittsalter bringt die Dramatik der Situation nur unzureichend zum Ausdruck: Unterdurchschnittlich besetzt sind in der Lausitz vor allem die Altersgruppen, die ihr wahrscheinliches Reproduktionsalter noch vor sich oder noch nicht hinter sich haben (vgl. Seibert et al. 2018, S. 15, Abb. 3). Der Jugendquotient (Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis 64) war 2020 in Cottbus und im Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit jeweils 28,3 und im Landkreis Spree-Neiße mit 28,6 geringer als der Bundeswert von 30,9 (Bautzen und Görlitz nicht verfügbar). Was als Anpassung der Bevölkerung an den Arbeitsplatzabbau durch regionale Mobilität begann, hat in eine demografische Sackgasse mit der Folge ausgeprägter Rekrutierungsprobleme der Arbeitgeber geführt: Die Stellenüberhangsquote in den Fachkräftebereufen (Anteil der offenen Stel-

len, für die es keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt, an allen offenen Stellen) lag im Jahr 2020 in den Arbeitsagenturbezirken Cottbus und Bautzen zwischen 30 % und 50 % (Bund 23,5 % – Hickmann et al. 2021).

Der Rückgang der absoluten Arbeitslosenzahlen erklärt sich vor dem Hintergrund dieser demografischen Entwicklung: Die Arbeitslosen von einst haben eher nicht Arbeit in der Lausitz gefunden, sondern sind fortgezogen oder aus der Arbeitslosigkeit „herausgealtert“. Bei dieser „demografischen“ Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems haben sich die Arbeitslosenquoten nicht so positiv entwickelt, wie die absoluten Zahlen es nahelegen, denn nicht nur die Arbeitslosen sind weniger geworden, sondern auch die Erwerbspersonen, deren Anzahl den Nenner der Quote bildet. So erklären sich Arbeitslosenquoten von 7,6 % (Landkreis Görlitz), 7,1 % (Stadt Cottbus), 6,8 % (Oberspreewald Lausitz) und 5,8 % (Spree-Neiße) im Jahresdurchschnitt 2022; allein der Landkreis Bautzen profitiert offenbar von der Nähe zu Dresden und liegt mit 5,2 % sogar leicht unter dem Bundeswert von 5,3 %.

Dem auf den ersten Blick relativ günstigen Eindruck, den die heutige Arbeitsmarktsituation vermittelt, liegen also massive Krisenerfahrungen der Bürgerinnen und Bürger mit Arbeitslosigkeit und Abwanderung zugrunde. Seit der zweiten Hälfte der 2010er Jahre werden aber auch zunehmend die Probleme der Arbeitgeber offenbar, offene Stellen zu besetzen. Beides zusammengenommen kann dazu beitragen, eine Wahrnehmung von allgegenwärtiger Krisenhaftigkeit zu erzeugen, die das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes gefährden und damit auch ein Hindernis für positive Erwartungen an die mit dem Kohleausstieg angestrebte sozial-ökologische Transformation darstellen kann (vgl. Herberg et al. 2020).

Die regional- und branchenspezifischen Umbruchserfahrungen im Lausitzer Revier trafen zusammen mit der allgemeinen Verunsicherung von Erwerbs- und Lebensperspektiven im gesamten „Beitrittsgebiet“. In Folge der Wiedervereinigung und der damit verbundenen postsozialistischen Transformationsprozesse erodierte das Erwerbssystem der DDR innerhalb kürzester Zeit. Die sektorale Verteilung der DDR-Beschäftigten im Jahre 1987 hatte ziemlich genau derjenigen Westdeutschlands im Jahre 1967 entsprochen. Die nachholende Tertiarisierung in Verbindung mit der Privatisierung und Herauslösung sozialer Dienste aus Industriebetrieblichen Strukturen führten zu einem Bruttoverlust an Arbeitsplätzen von 40 % innerhalb von nur vier Jahren, d. h. 40 % der Arbeitsplätze von 1989 existierten 1993 nicht mehr im bisherigen betrieblichen Kontext (Knuth 1996). Die Erwerbstätigenquote, die Ende der 1980er Jahre etwa 83 % betragen hatte, erreichte 1993 ein Tief von 63,5 %. Die daraus folgende Massenarbeitslosigkeit stand in scharfem Kontrast zu den bis dahin sehr stabilen Beschäftigungsverhältnissen in Ostdeutschland (vgl. Giesecke/Verwiebe 2010). Bis dahin unbekannte „atypische“ Formen der Beschäftigung insbesondere durch Befristungen, Teilzeitverträge und Leihar-

beit gewannen in den ersten Jahren nach der Vereinigung sehr rasch an Gewicht, wie insbesondere aus dem sich neu ausrichtenden privaten Dienstleistungsbereich berichtet wurde (vgl. Jacobsen 1998, 1999). Der massive Einsatz öffentlich geförderter Beschäftigungsmaßnahmen (Knuth 2017) verringerte zwar die Arbeitslosigkeit, trug aber zur Gewöhnung an immer wieder von neuem nur befristete Beschäftigungsperspektiven bei.

Diese Umbrüche wurden zum Teil nicht nur als Anpassung an die aus den alten Bundesländern übernommenen Institutionen erlebt und gewertet, sondern darüber hinaus auch als neue, bisher auch im westdeutschen Arbeitsmarkt nicht etablierte Zumutung: „Den Arbeitnehmern in Ostdeutschland wird somit im Zuge des Komplettumbaus des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und unter dem Druck der angespannten Arbeitsmarktsituation eine kollektive und individuelle Anpassungsleistung an die Erfordernisse des Marktes abgefordert, die über das Maß des Flexibilisierungsgrades des westdeutschen Arbeitsmarktes dieser Zeit weit hinaus geht.“ (Krause 2020) In der damaligen Transformationsforschung wurde unter dem Schlagwort „Experimentierfeld“ eine „überholende“ Modernisierung in den neuen Bundesländern diagnostiziert (vgl. Ott 2000, S. 23). Diese Wende- und Nachwende-Erfahrungen wirken in der sozialen Erinnerung bis heute fort als tiefgreifende „Fraktur“ in den bis dahin etablierten erwerbsbiografischen Mustern (Mau 2019; Haag 2022).

Vor diesem Hintergrund liegt es für die Bürger*innen in der Lausitz nahe, den Beschluss zum Kohleausstieg weitaus kritischer zu beurteilen als die Bevölkerung im Bundesdurchschnitt (vgl. Lausitz-Monitor 2022) und ihn möglicherweise als eine weitere Zumutung und Erfahrung der Fremdbestimmung zu erleben. Dennoch betrachten sie einen „tiefgreifenden Strukturwandel“ (ebd., S. 12) mehrheitlich als notwendig.

5 Die Entwicklung des Braunkohlekomplexes und seine Bedeutung für die Region

Der Beschluss zum Ende der Kohleverstromung stößt in der Lausitz auf eine fundamental von der Braunkohlewirtschaft geprägte regionale Entwicklungsgeschichte. Die Braunkohlevorkommen der Lausitz waren – abgesehen von den Uranvorkommen in Sachsen und Thüringen und dem Kernkraftwerk Greifswald – die einzige einheimische Energiequelle der DDR. Der mit steigendem Energiebedarf verbundene starke Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Braunkohlenbergbau wurde durch die Wirtschafts- und Währungsunion jäh abgebrochen (*Abbildung 1*). Welches relative Gewicht die Braunkohle in der Region zu diesem Zeitpunkt hatte, lässt sich mit den Er-

werbstätigenzahlen von 1991 – den frühesten verfügbaren Werten der bundesdeutschen Statistik – zumindest der Größenordnung nach abschätzen: Danach bot die Braunkohle kurz nach der Deutschen Einigung fast 14 % der Erwerbsmöglichkeiten in der Lausitz insgesamt. In einigen Orten war die Energie- und Brennstoffindustrie der bedeutendste Beschäftigungsträger mit Anteilen von 32,8 % in Senftenberg, 61,8 % in Spremberg, 29,6 % in Weißwasser und 18,2 % in Hoyerswerda (Rudolph 1990, Tabellenanhang).

Im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung (1989–2002) brach die Zahl der Braunkohlebeschäftigten in der Lausitz um 87 % ein. Während wir im Mitteldeutschen Revier – also dem teils zu Sachsen, teils zu Sachsen-Anhalt gehörenden Braunkohleabbaugebiet südlich von Leipzig – eine ähnlich abrupte Entwicklung sehen, folgte das Rheinische Revier einem eher gleichmäßigen, nicht krisenhaften Reduktionspfad, ausgehend von einem Beschäftigungsniveau, dessen Höchstwert (1958) gerade einmal ein Drittel des Höchstwerts der Lausitz (1989) ausmachte. Hintergrund ist hier das bis 2015 nahezu gleichbleibende Produktionsvolumen, d. h. die Beschäftigungsabnahme im Rheinischen Revier spiegelt über einen langen Zeitraum lediglich Rationalisierungseffekte wider.

Der bis in die 1980er Jahre wachsende Arbeitskräftebedarf des Braunkohlekomplexes in der Lausitz war nicht durch die ansässige Erwerbsbevölkerung zu decken. Während die Bevölkerung der DDR insgesamt von 1950 bis 1985 um 9,1 % abnahm, wuchs die Bevölkerung im „Energiebezirk“ Cottbus um 9,6 % (Franzmann 2004). Selbst noch im Jahre 1987 überwogen die Zuzüge in den Bezirk Cottbus die Fortzüge um rund 6500 oder 77 % (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1988, S. 364). Die zuwandernden Frauen fanden überwiegend keine Beschäftigung im Braunkohlekomplex, wo der Frauenanteil auch zu DDR-Zeiten nicht höher war als 30 %, sondern arbeiteten in anderen Industrien, vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Konsumgüterindustrien brachen nach der Wirtschafts- und Währungsunion noch viel schneller weg als die Braunkohle, sodass in diesen Branchen noch massivere Krisenerfahrungen entstanden (vgl. hierzu Lieder 1995.)

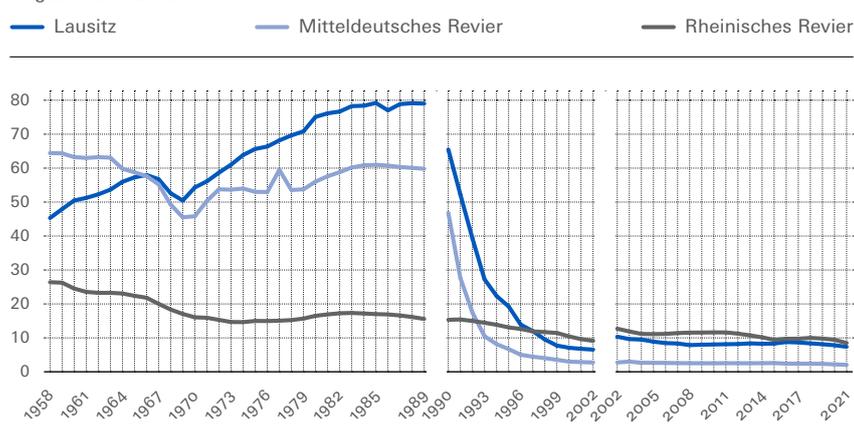
Der Zuzug in Regionen mit hohem Arbeitskräftebedarf wurde in der DDR durch lokal konzentrierte Wohnungsbauprogramme sowohl ermöglicht als auch angereizt: Die Aussicht auf eine Neubauwohnung war ein wichtiges Motiv für die Binnenwanderung junger Familien. Die dadurch entstehenden sozialen Milieus in den in Fertigbauweise errichteten Neubauquartieren sind anschaulich dargestellt bei Mau (2019) und Lemke (2021). Für die Zugezogenen bildeten der Arbeitsplatz in der Braunkohleindustrie und die damit verbundene Wohnung die entscheidenden Bezugs- und Identifikationspunkte. Diese Identifikation wurde politisch massiv gefördert; der Produzentenstolz der Bergleute als den Garanten der Energieversorgung der DDR kompensierte zusammen mit Spit-

zennlöhnen für die teilweise harte und schmutzige Arbeit im kontinuierlichen Schichtsystem. Man kann annehmen, dass dies im Bewusstsein der Braunkohle-Beschäftigten zu einer Überhöhung der Bedeutung ihrer Branche weit über deren quantitativen Anteil an Wertschöpfung und Beschäftigung der Region hinaus führte und immer noch führt: „Wir sind das Rückgrat der Lausitz“ (Bose et al. 2019). Zugleich erklären diese auf die Branche orientierte Identifikation, das Fehlen von beruflichen Netzwerken jenseits der Braunkohle sowie – bei den zugezogenen Arbeitskräften – von familialen Netzwerken innerhalb der Region möglicherweise auch die hohe Abwanderungsbereitschaft nach dem Niedergang der Braunkohlewirtschaft.

ABBILDUNG 1

Beschäftigte im Braunkohlenbergbau

Angaben in Tausend



Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. 2022

WSI Mitteilungen

Der Rückgang der Produktion wurde begleitet von einer Delegitimierung des bis 1989 so hochgeschätzten Produkts: Der Einsatz von Braunkohle als Heizungs Brennstoff war zum großen Teil verantwortlich für die schlechte Luftqualität in den Städten, und die Zerstörung der Landschaft durch den Abbau wurde zunehmend kritisch diskutiert (vgl. Behrens 2007). Zwar wurden die Kraftwerke nachgerüstet, um die Schwefelemissionen in den Griff zu bekommen, aber ab etwa der Jahrtausendwende wurden verstärkt die Folgen der CO₂-Emissionen für das Klima thematisiert. So gerieten die einst so stolzen Braunkohle-Bergleute seit dem Ende der DDR nicht nur wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch, sondern auch umwelt- und klimapolitisch in die Defensive.

6 Neuordnung der Geschlechterverhältnisse am Arbeitsmarkt

Zu den wenig beachteten gesellschaftlichen Dimensionen der offensichtlichen Verschiebungen am Arbeitsmarkt gehört der Wandel der Geschlechterverhältnisse. Die Erwerbsquoten der Frauen in der DDR waren höher als in der Bundesrepublik und sind in den ostdeutschen Bundesländern und insbesondere in Brandenburg und Sachsen auch heute noch bundesweit am höchsten, während das Rheinische Revier und das Ruhrgebiet in NRW die niedrigsten Frauenerwerbsquoten aller Bundesländer haben. Dies ist zunächst ein Hinweis darauf, dass die westdeutschen Erfahrungen mit langsam zunehmender Frauenerwerbstätigkeit im Zuge des Abbaus von Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau im Ruhrgebiet und im Saarland (Jacobsen 1994) nicht auf die ostdeutschen Braunkohleregionen übertragen werden können.

Von den Arbeitsplatzverlusten in der Braunkohlewirtschaft waren auch und insbesondere Frauen betroffen: In der „Energie- und Brennstoffindustrie“ der DDR einschließlich der Betriebsverwaltungen waren 1987 knapp 30 % Frauen beschäftigt (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1988, S. 158). Auch für sie war die Arbeit in dieser Branche attraktiv wegen der Verdienstmöglichkeiten, aber auch wegen der dort großzügigeren Auslegung der Sozialleistungen, durch die die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit erleichtert wurde (vgl. Schütte et al. 1995). Durch den Beschäftigungsabbau nach der Wende gingen also auch diese Vorteile verloren, vor allem aber waren die Frauen überproportional von Arbeitsplatzverlusten betroffen (ebd., S. 151). Für 2019 weist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) im Braunkohlenkomplex einen Frauenanteil von nur noch 19,2 % in der brandenburgischen und von 21,0 % in der sächsischen Lausitz aus. Das kontrastiert mit nur 7,2 % im Rheinischen Revier, was dort schon ein deutlicher Anstieg gegenüber 5,7 % im Jahre 2014 ist (früheste verfügbare Daten). Arbeit in diesem Sektor war und ist also auch für die Frauen in der Lausitz relevant. Ihre bisherigen und die zu erwartenden künftigen Arbeitsplatzverluste werden jedoch bisher praktisch nicht problematisiert.

Das kann auch dadurch bedingt sein, dass sich die Frauen in der Vergangenheit als beruflich flexibler erwiesen als die Männer. Es gelang ihnen nach der Vereinigung offenbar eher als den Männern, in neue Tätigkeitsfelder vorzudringen und sich dort berufliche Perspektiven aufzubauen (vgl. Jacobsen/Winkler 2012). Sie fanden und finden Beschäftigung in der ausgebauten öffentlichen Verwaltung, bei den Gesundheits- und Sozialdiensten und im Bildungssektor. Diese Branchen haben in der postsozialistischen Transformation erheblich an Gewicht gewon-

nen (s. o.), und sie sind in den ostdeutschen ebenso wie in den westdeutschen Bundesländern überproportional mit weiblichen Arbeitskräften besetzt. Detaillierte Analysen zu ihrer Bedeutung für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse in der postsozialistischen und postfossilen Transformation liegen bisher nicht vor. Sie sind jedoch notwendig, um die künftigen Strukturwandelprozesse umfassend bewerten zu können (vgl. auch Gabler 2022).

Auf Basis der bisher vorliegenden Daten ist festzuhalten, dass die Frauen ihr Erwerbsverhalten zu relevanten Teilen an das der westdeutschen Frauen angepasst haben: Die Teilzeitanteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen mit gut 56 % in der sächsischen und gut 52 % in der brandenburgischen Lausitz noch über den Werten für Deutschland insgesamt (gut 50 %). In den letzten sechs Jahren haben sich diese Anteile in der Lausitz etwa drei Mal so stark erhöht wie im Bundesdurchschnitt (plus 7 bzw. 6 Prozentpunkte gegenüber 2,5 Prozentpunkten im Bundesdurchschnitt seit 2014). Angesichts der ausgeprägten Tradition vollzeitiger Frauenerwerbstätigkeit in der DDR stehen hinter dieser Durchsetzung von Teilzeitarbeit vermutlich gesellschaftliche Anpassungsprozesse, die nach dem ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit insbesondere von den ostdeutschen Frauen, aber auch von vielen Männern als ausgesprochen krisenhaft erlebt wurden (vgl. Gensior 1995; Nickel 1999; Klenner 2009). Diese Angleichung betrifft jedoch nicht die Bereitschaft, eine geringfügige Beschäftigung aufzunehmen: Die Minijob-Quoten der Lausitz liegen deutlich unter den Werten für Deutschland insgesamt, aber in der brandenburgischen Lausitz leicht über den Landeswerten. Am stärksten kontrastieren die Minijob-Quoten der Frauen in der sächsischen Lausitz (10 %) und im Rheinischen Revier (19,4 %).

Die Tradition der Frauenarbeit in der DDR setzt sich bis heute insofern fort, als die Frauen in der Lausitz weiterhin auf höherem Anforderungsniveau tätig sind: Sie haben deutlich höhere Fachkraft- und niedrigere Helferinnenanteile als die Frauen im Bundesgebiet insgesamt. Das bedeutet, dass sie gegenüber den Männern weitaus weniger im Nachteil sind, ihre Arbeitsmarktsituation also egalitärer ist: Fasst man die Abweichungen zwischen den Geschlechtern in den Verteilungen über die Anforderungsniveaus in der jeweiligen Region in einem tätigkeitsbezogenen Summenindex⁴ zusammen, so beträgt dieser Index der Geschlechterungleichheit in der brandenburgischen Lausitz nur 2,5 gegenüber bundesweit 14,4. Der Wert für die sächsische Lausitz beträgt 4,6, während das Rheinische Revier den Extremwert von 18,5 erreicht.

4 Summenindex: Absolutwert (Helferanteil Frauen – Helferanteil Männer) + Absolutwert (Fachkräfteanteil Frauen – Fachkräfteanteil Männer) + Absolutwert (Spezialistenanteil Frauen – Spezialistenanteil Männer) + Absolutwert (Expertenanteil Frauen – Expertenanteil Männer).

Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Profile der Anforderungsniveaus in der Lausitz im Vergleich zum Bundesgebiet stärker von Fachkräften geprägt sind, d. h. die Anteile von Spezialist*innen und Expert*innen sind für beide Geschlechter ebenso geringer wie die von Helfer*innen. Das ist nicht als typisch für Braunkohle-Regionen zu betrachten, denn das Rheinische Revier unterscheidet sich in dieser Hinsicht wenig vom Bundesdurchschnitt. Die Beschäftigungsstrukturen in der Lausitz sind also sowohl in der Geschlechterdimension als auch im Anforderungsprofil egalitärer, wobei letzteres nicht nur ein Vorteil ist, sondern auch auf einen Rückstand bezüglich der Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte verweist, wie insbesondere in den vorliegenden Expertisen zur regionalen Innovationsfähigkeit hervorgehoben wird (vgl. Berger et al. 2019).

Vor dem Hintergrund dieser Befunde sind die Konsequenzen für die Verdienststrukturen wenig überraschend: Zwar sind die Niedriglohn-Quoten (Anteil der Entgelte unterhalb von zwei Dritteln des bundesweiten Medianentgelts) in der Lausitz wie in Ostdeutschland insgesamt höher als im Westen, die Geschlechterunterschiede sind jedoch weitaus geringer (Seils/Emmler 2022). Im Landkreis Görlitz herrscht nahezu Geschlechterparität mit dramatisch hohen Anteilen von Niedrigverdiener*innen beiderlei Geschlechts über 40 %; in den zum Rheinischen Revier gehörenden Kreisen Heinsberg und Düren dagegen gehören Frauen fast doppelt so häufig zu den Niedrigverdiener*innen wie Männer. In der Stadt Cottbus wiederum kehren sich die in Westdeutschland gewohnten Geschlechterverhältnisse geradezu um: Bei den hier Beschäftigten ist der Anteil der Niedrigverdiener unter den Männern erheblich höher als unter den Frauen. Verantwortlich hierfür ist die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst und bei Sozialversicherungsträgern: Hier erzielen Frauen in der Lausitz auf dem Fachkraftniveau höhere Medianentgelte als Männer, was weder bundesweit noch im Rheinischen Revier der Fall ist.

Was bedeuten diese Geschlechterverhältnisse für die künftige Transformation der Region? Sie zeigen, dass der Erfolg der Strukturstärkungsmaßnahmen nicht ausschließlich am Erhalt und am Ausbau von Industrie-arbeitsplätzen gemessen werden kann, sondern dass ebenso – wie bereits in der postsozialistischen Transformation – qualitativ hochwertige Dienstleistungsarbeitsplätze von zentraler Bedeutung sind. Die Qualität dieser Arbeitsplätze im Hinblick auf unterhaltssichernde Einkommen auf Basis tariflicher Entgelte und möglichst vollzeithenar oder vollzeitiger Arbeitszeiten ist wichtig, um die in der DDR etablierte umfassende Einbeziehung der Frauen in Erwerbsarbeit zu sichern. Damit wird es den Frauen leichter möglich, die künftige Transformation als Chance zu betrachten.

7 Zusammenfassung und Ausblick

Wir haben argumentiert, dass in der Lausitz der auch als sozial-ökologischer Transformationskonflikt (Dörre et al. 2020) beschriebene Streit um den Ausstieg aus der Kohlewirtschaft durch die Erfahrungen der postsozialistischen Transformation mitgeprägt, überlagert und zugespitzt wird. Der Zusammenbruch des sozialistischen Erwerbssystems ging nicht nur mit einem institutionellen Umbau, sondern zunächst mit extremen Arbeitsplatzverlusten und massiver Arbeitslosigkeit einher. Die auf den ersten Blick wenig problematisch erscheinende aktuelle Arbeitsmarktsituation wurde als Ergebnis einer restriktiven Dynamik aus Arbeitsplatzabbau, Abwanderung und demografischer Alterung beschrieben. Die Braunkohlewirtschaft war und ist weiterhin ein zentrales Identifikationsmerkmal der Region: in der DDR als wirtschaftlicher Stabilitätsanker, sozialer und kultureller Mittelpunkt; in den ersten Jahren nach der Vereinigung als herausragender Problemfall der postsozialistischen Transformation am Arbeitsmarkt; heute als (auch parteipolitischer) Zankapfel der Klimaschutz- und Energiepolitik. Die Lausitz scheint vielen, die dort leben, ohne diese Branche kaum denkbar. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die regionalen Akteure sie auch in Zukunft als „Energeregion“ und im Zusammenhang damit als „Industrieregion“ erhalten sehen wollen (Nagel/Zundel 2021). Die politischen Absichtserklärungen zur Abfederung des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung schließen an diese regionale Identifikation an, indem „Ersatzarbeitsplätze“ vorzugsweise in der Industrie gefördert werden sollen (z. B. Bericht der Kohlekommission, BMWI 2019, S. 113).

In der Praxis der bereits konkret geplanten und z. T. schon umgesetzten Strukturfördermaßnahmen (vgl. Markwardt et al. 2023) spiegelt sich diese Absicht deutlich in der Ansiedlungsförderung für ca. 2700 Arbeitsplätze in der Chemie- und Eisenbahnindustrie wider. Langfristig sollen auch durch den Aufbau neuer Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf den Gebieten insbesondere der Energie- und der Informationstechnik im Umfang von ca. 1500 Arbeitsplätzen in der brandenburgischen Lausitz Impulse für neue industrielle Arbeitsplätze entstehen. Zunächst handelt es sich hierbei jedoch um hochqualifizierte Dienstleistungsarbeitsplätze. Auch die geplante Neugründung und Verlagerung von ca. 5000 Arbeitsplätzen in Bundesbehörden zugunsten der drei deutschen Braunkohlereviere betrifft die Dienstleistungen. Bis Ende 2022 wurden ca. 550 „Arbeitsplätze in Behörden“ in der Lausitz neu errichtet oder dorthin umgesiedelt, davon jeweils mehr als einhundert bei der Bundesnetzagentur und bei der Knappschaft Bahn See (vgl. Markwardt et al. 2022, S. 5). Von herausragender Bedeutung nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für die Sicherung der Daseinsvorsorge kann darüber hinaus der schon beschlosse-

ne Aufbau einer regionalen medizinischen Universität sowie die Stärkung der Gesundheitsversorgung durch insgesamt angestrebte 1500 Arbeitsplätze auf einem neuen „Gesundheitscampus“ sein. Dies sind ganz überwiegend qualifizierte Dienstleistungsarbeitsplätze, und sie werden die Arbeitsmarktchancen und Bleibeperspektiven insbesondere von Frauen verbessern. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass die politisch gераhmte postfossile, wie schon die postsozialistische, Transformation mit einer weiteren Tertiarisierung einhergeht und auch die Geschlechterverhältnisse berücksichtigt werden müssen, um die künftige Arbeitsmarktentwicklung einschätzen zu können.

Werden in der Lausitz Elemente einer „Just Transition“ deutlich, die Chancen und Risiken „gerecht“ verteilt (vgl. Gürtler et al. 2020)? Auch die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel von gut 14 Mrd. € für die genannten und weitere vor allem auf die technische Infrastruktur gerichteten Maßnahmen im „Kohlekompromiss“ scheinen nicht alle Befürchtungen vor einer neuerlichen Erschütterung sozialer Verhältnisse ausräumen zu können. Aus unserer Sicht wäre es wesentlich, die in der postsozialistischen Transformation des Arbeitsmarktes entstandenen Krisenerfahrungen und die dabei entwickelten Bewältigungsmechanismen weit aus expliziter als bisher anzuerkennen und in ihrer Tragweite für den gesellschaftlichen Wandel in der Region zu berücksichtigen. Eine Maßnahme dafür können öffentliche Erzählprojekte sein, in denen die Krisenerfahrungen der Älteren sichtbar werden (vgl. Rohnstock/Jacobsen 2023a, b). Die Doppelung von postsozialistischer und postfossiler Transformation ist bisher nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch weitgehend unterbelichtet.

Für die Bewältigung des neuerlichen Umbruchs könnte ein Ausstiegsdatum vor 2038 günstiger sein als die Ausschöpfung des durch den „Kohlekompromiss“ gesetzten Zeitrahmens. Die regionale Transformation dürfte eher behindert werden, wenn die Braunkohlewirtschaft zur Sicherung des Weiterbetriebs in größerem Umfang Fachkräfte bzw. Auszubildende anwerben muss, die den übrigen Betrieben zur Sicherung ihrer Zukunft fehlen werden. Und schließlich muss die Region sich möglichst rasch auch nach außen erkennbar neu erfinden, um als Wohnregion für junge Familien attraktiv zu werden. ■

LITERATUR

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“** (2021a): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2019. Berechnungsstand: August 2020; erschienen im Mai 2021 (Erwerbstätigenrechnung, Reihe 2, Band 1), https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/gemeinschaftsveroeff/etr/ETR_R2B1_2019_hj.pdf (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“** (2021b): Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2019, https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/gemeinschaftsveroeff/etr/ETR_R2B3_2019_j.pdf (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- Behrens, H. / Hoffmann, J.** (2007): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, München
- Berger, W. / Lademann, S. / Schnellenbach, J. / Weidner, S. / Zundel, S.** (2019): Standortpotentiale Lausitz. Studie im Auftrag der Zukunftswerkstatt Lausitz, https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/01-content/03-zukunftswerkstatt/02-downloads/studie-standortpotentiale-lausitz.pdf (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)** (2019): Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Abschlussbericht: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Bose, S. / Dörre, K. / Köster, J. / Lütten, J. / Dörre, N. / Szauer, A.** (2019): Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten, in: Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Rosa Luxemburg Stiftung: Studien 4/2019, Berlin, S.89–112
- Dörre, K. / Holzschuh, M. / Köster, J. / Sittel, J.** (Hrsg.) (2020): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a. M.
- Franzmann, G.** (2004): Bevölkerung in der ehemaligen DDR 1946–1989, in: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.): Zeitreihen zur Historischen Statistik, <https://histat.gesis.org/histat/de/index> (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- Gabler, J.** (2022): Zur Lage der Frauen in der Lausitz. Thesenpapier. Strukturwandel dich – Struktur, wir wandeln dich, S.7–12, https://trawos.hszg.de/fileadmin/NEU/Redaktion-TRAWOS/Projekte/Transformatives_Land/StrukturWandelDich_Doku.pdf
- Gensior, S.** (Hrsg.) (1995): Vergesellschaftung und Frauenerwerbsarbeit: Ost-West-Vergleiche, Berlin
- Giesecke, J. / Verwiebe, R.** (2010): Erwerbschancen und Arbeitsmarktintegration im wiedervereinigten Deutschland, in: Krause, P. / Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010, Frankfurt a. M., S.247–276
- Gürtler, K. / Luh, V. / Staemmler, J.** (2020): Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz. Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/2020, S.32–39
- Herberg, J. / Gabler, J. / Gürtler, K. / Haas, T. / Staemmler, J. / Löw-Beer, D. / Luh, V.** (2020): Von der Lausitz lernen: Wie sich die Nachhaltigkeitsforschung für Demokratiefragen öffnen kann, in: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 29 (1), S.60–62
- Haag, H.** (2022): Biographische Entwertung – wertvolle Biographien. Ostdeutsche Narrative symbolischer und sozialer Abwertung nach 1989, in: BIOS 33 (1), S.7–8
- Hickmann, H. / Jansen, A. / Pierenkemper, S. / Werner, D.** (2021): Ohne sie geht nichts mehr. Welchen Beitrag leisten Migrant_innen und Geflüchtete zur Sicherung der Arbeitskräftebedarfe in Fachkraftberufen in Deutschland?, <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=185478ty=pdf> (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- Hilmar, T.** (2021): Sich treu geblieben? Symbolische Grenzziehungen in innerostdeutschen Sozialgefügen vor dem Hintergrund des Nachwendeschocks, in: Zeitschrift für Soziologie 50 (2), S.131–152
- Hilmar, T.** (2019): The Temporal Logic of Deservingness: Inequality Beliefs in Two Postsocialist Societies, in: Socius: Sociological Research for a Dynamic World 5, <https://doi.org/10.1177/2378023119864231> (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- Jacobsen, H.** (1994): Frauenerwerbsarbeit im Strukturwandel des Ruhrgebiets, in: Beckmann, P. / Engelbrech, G. (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen, Nürnberg, S.370–397
- Jacobsen, H.** (1998): Ungesteuerte Expansion auf der grünen Wiese: Der Einzelhandel, in: Czada, R. / Lehmbuch, G. (Hrsg.): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt a. M., S.301–330
- Jacobsen, H.** (1999): Umbruch des Einzelhandels in Ostdeutschland. Westdeutsche Unternehmen als Akteure im Transformationsprozess, Frankfurt a. M. / New York
- Jacobsen, H. / Winkler, A.** (2012): Gewinnerinnen und Verlierer, BRANDaktuell, <https://www.lasa-brandenburg.de/brandaktuell/Gewinnerinnen-und-Verlierer.1678.o.html> (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- Klenner, C.** (2009): Wer ernährt die Familie? Erwerbs- und Einkommenskonstellationen in Ostdeutschland, in: WSI-Mitteilungen 62 (11), S.619–626, https://www.wsi.de/data/wsimit_2009_11_klenner.pdf
- Kluge, J. / Lehmann, R. / Ragnitz, J. / Rösel, F.** (2014): Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Dresden, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/167461/1/ifo-Dresden-Studien-71.pdf> (letzter Zugriff: 04.05.2023)
- Knuth, M.** (1996): Drehscheiben im Strukturwandel. Agenturen für Mobilitäts-, Arbeits- und Strukturförderung, Berlin
- Knuth, M.** (2017): Institutionen und Instrumente der Arbeitsmarktpolitik im Transformationsprozess und im gesamtdeutschen Kontext, in: Heydemann, G. / Paqué, K.-H. (Hrsg.): Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft. Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den Neuen Bundesländern 1945–1994, Göttingen, S.243–264

Krause, I. (2020): Arbeit und Arbeitsmarkt – Angleichung bei sich verfestigenden Strukturunterschieden, Bundeszentrale für Politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/ange-wege-der-deutschen-einheit/47233/arbeit-und-arbeitsmarkt-angleichung-bei-sich-verfestigenden-strukturunterschieden> (letzter Zugriff: 11.01.2023)

Lausitz-Monitor (2022): Sinkende Akzeptanz der Energiewende in der Lausitz, <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse-2022> (letzter Zugriff: 08.05.2023)

Lemke, G. (2021): Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror, Berlin

Lieder, G. (1995): Der Umbruch der ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie, in: Gensior, S. (Hrsg.): Vergesellschaftung und Frauenerwerbsarbeit. Ost-West-Vergleiche, Berlin, S. 203–218

Markwardt, G. / Titze, M. / Schnellenbach, J. / Zundel, S. / Rettig, J. / Zoll, M. (2022): Befunde zur SWOT-Analyse. Präsentation für den Sonderausschuss „Strukturentwicklung in der Lausitz“, 02.12.2022, nicht veröffentlicht

Markwardt, G. / Rettig, J. / Schnellenbach, J. / Titze, M. / Zundel, S. (2023): Im Osten was Neues? Strukturwandel in der Lausitz – eine Zwischenbilanz. Policy Brief im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, BTU Cottbus-Senftenberg/IWH, https://www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekonomik/public/BeForSt/BeForSt_Policy_Brief_Endfassung.pdf (letzter Zugriff: 04.05.2023)

Mau, S. (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin

Nagel, M. / Zundel, S. (2021): Legenden oder Leitbilder? Ausgewählte Narrative der Lausitz. Schriftenreihe Fachgebiet Allgemeine VWL, Schwerpunkt Energie- und Umweltökonomik, BTU Cottbus-Senftenberg, Cottbus, <https://www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekonomik/public/Schriftenreihe-pdf/sro3.pdf> (letzter Zugriff: 04.05.2023)

Nickel, H.M. (1999): Lebenschancen von Frauen in Ostdeutschland, in: Glatzer, W. / Ostner, I. (Hrsg.): Deutschland im Wandel: Sozialstrukturelle Analysen, Gegenwartskunde – Sonderheft, Wiesbaden, S. 255–264

Rohnstock, K. / Jacobsen, H. (Hrsg.) (2023a): Guben. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Berlin

Rohnstock, K. / Jacobsen, H. (Hrsg.) (2023b): Spremberg. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Berlin

Rudolph, H. (1990): Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (4), S. 474–503

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen, Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Essen, https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/endbericht-rwi-erarbeitung-aktueller-vergleichender-strukturdaten-deutsche-braunkohleregionen.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (letzter Zugriff 04.05.2023)

Schütte, I. / Richter, G. / Minx, B. (1995): Frauenarbeit im ostdeutschen Braunkohlenbergbau: Perspektiven von Frauen in einer „Männerbranche“, Münster

Seibert, H. / Weyh, A. / Jost, O. / Sujata, U. / Wiethölder, D. / Carstensen, J. (2018): Die Lausitz – eine Region im Wandel. IAB-Regional 3/2018. http://doku.iab.de/regional/BB/2018/regional_bb_0318.pdf (letzter Zugriff: 04.05.2023)

Seils, E. / Emmeler, H. (2022): Der untere Entgeltbereich. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 65, 1/2022, http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_65_2022.pdf (letzter Zugriff: 04.05.2023)

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (1988): Statistisches Jahrbuch 1988 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, <https://www.digizeitschriften.de> (letzter Zugriff: 04.05.2023)

Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2022): Beschäftigte der Braunkohlenindustrie in Deutschland. Stand Ende des Jahres, <https://kohlenstatistik.de/wp-content/uploads/2021/04/beschaefigte.xls> (letzter Zugriff: 04.05.2023)

AUTOR*INNEN

HEIKE JACOBSEN, Prof. Dr., Soziologin, Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Arbeitssoziologie der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU). Forschungsschwerpunkte: Soziologie der Dienstleistung, Strukturwandel am Arbeitsmarkt, Transdisziplinäre Forschung.

 Jacobsen@b-tu.de

MATTHIAS KNUTH, Prof. Dr., Soziologe, Research Fellow des Instituts Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen. Forschungsschwerpunkte: Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen, demografischer Wandel am Arbeitsmarkt.

 knuth@mknuth.net

VIRGINIA KIMEY PFLÜCKE, Dr., Akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Industriesoziologie an der BTU Cottbus-Senftenberg. Forschungsschwerpunkte: Kritische Arbeits- und Geschlechtersoziologie, Kohleausstieg und sozialökologische Transformation.

 pfluecke@b-tu.de
